

Die kommende Teuerungszulage.

Wie verlautet, plant die Regierung die Ausschüttung einer einmaligen Teuerungszulage für alle Beamte, die bereits im September zur Auszahlung kommen soll. Soweit bekannt geworden ist, schreibt dazu Dr. Arthur Dehaff in der Natl. Korrespondenz, sind die Verhandlungen über die Höhe der zu bewilligenden Summen zwischen den einzelnen Ressorts noch nicht zum Abschluß gekommen. Es werden verschiedene Zahlen genannt, so z. B. spricht man davon, daß ein Vorschlag dahin geht: ein Monatsgehalt und 200 Mark zu zahlen. Das wäre also bei einem Gehalt von

1200 M.	- 100 + 200 =	300 M.
1800 M.	- 150 + 200 =	350 M.
2100 M.	- 175 + 200 =	375 M.
2400 M.	- 200 + 200 =	400 M.
2700 M.	- 225 + 200 =	425 M.
3000 M.	- 250 + 200 =	450 M. usw.

Ein anderer Vorschlag will einen Grundbetrag von 400 Mark und ein halbes Monatsgehalt bewilligen. Danach würde sich die Stala folgendermaßen stellen: bei einem Gehalt von:

1200 M.	- 400 + 50,-- =	450,-- M.
1800 M.	- 400 + 75,-- =	475,-- M.
2100 M.	- 400 + 87,50 =	487,50 M.
2400 M.	- 400 + 100,-- =	500,-- M.
2700 M.	- 400 + 112,50 =	512,50 M.
3000 M.	- 400 + 125,-- =	525,-- M. usw.

Ein dritter Vorschlag endlich besagt, daß ein Monatsgehalt, 200 Mark und 10 Prozent der bisherigen Teuerungszulagen gezahlt werden sollen. Hierbei sollen aber Höchstgrenzen für die einzelnen Beamtenklassen festgesetzt werden, und zwar für die unteren Beamten höchstens 600 Mark, für die mittleren 700 Mark und für die höheren 800 Mark.

Alle diese Vorschläge weisen ein Gemeinsames auf, nämlich die Differenzierung der Zulagen bei den einzelnen Beamtenklassen. Dieser Standpunkt der Regierung ist bei der Befassung der letzten Teuerungszulagen bereits im Parlament bekämpft worden und hat besonders seitens der unteren Beamten den schärfsten Widerspruch erfahren. Sie wiesen darauf hin, daß die Teuerung, die sich auf alle Lebensmittel und Bedarfsartikel erstreckt, alle Schichten der Beamten in gleicher Weise trifft, den geringbesoldeten sowohl wie den besserbesoldeten. Der mittlere und höhere Beamte könne sich aber schließlich mit seinem größeren Einkommen noch eher durchschlagen als der schon ohnehin kärglich besoldete untere Beamte. — Trotz dieses Einspruches der Beteiligten und der Parlamentarier blieb die Regierung auf ihrem Standpunkt, und ebenso scheint es auch jetzt wieder werden zu sollen.